



Haushalts- und Finanzausschuss

34. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

14. März 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 10:50 Uhr

Vorsitz: Martin Börschel (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die NRW.BANK	6
	Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/4800	
	Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/5184	
	Stellungnahme 17/1217	

Einstimmig stimmt der Ausschuss dem Änderungsantrag zu.

¹ vertraulicher Teil mit TOP 8 siehe vAPr 17/12

Einstimmig stimmt der Ausschuss dem geänderten
Gesetzentwurf zu.

**2 Potenziale der Photovoltaik in Nordrhein-Westfalen ausschöpfen –
Energiewende stärken** **8**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4632

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AWEL)

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag ohne Votum an
den federführenden Ausschuss abzugeben.

**3 Zweckentfremdung von Wohnraum in Gebieten mit erhöhtem Wohn-
bedarf bekämpfen: Das Wohnungsaufsichtsgesetz bedarfsgerecht
fortentwickeln** **9**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3596
Ausschussprotokoll 17/515

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AHKBW)

Der Ausschuss beschließt, den Antrag ohne Votum an den
federführenden Ausschuss abzugeben.

4 Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes **10**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3777
Ausschussprotokoll 17/488

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AGS)

Der Ausschuss beschließt, den Gesetzentwurf ohne Votum an
den federführenden Ausschuss abzugeben.

5	Tarifeinigung im Öffentlichen Dienst	11
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/1803	
	– Bericht durch StS Dr. Patrick Opdenhövel (FM)	11
	– Aussprache	11
6	Rücklagen und Sondervermögen im Haushalt	16
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/1804	
	Keine Wortmeldungen.	
7	Verschiedenes	17

1 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die NRW.BANK

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4800

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5184

Stellungnahme 17/1217

Vorsitzender Martin Börschel leitet ein, der Gesetzentwurf von CDU und FDP sei durch das Plenum am 23. Januar 2018 zur federführenden Beratung an den HFA überwiesen worden. In der Sitzung am 14. Februar habe man sich darauf verständigt, die NRW.BANK um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten. Diese Stellungnahme sei unter der Nummer 17/1217 eingegangen. Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen Drucksache 17/5184 sei in der Stellungnahme berücksichtigt worden.

Stefan Zimkeit (SPD) führt aus, mit dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen – dies habe auch die NRW.BANK in ihrer Stellungnahme deutlich gemacht – seien die handwerklichen Mängel des ursprünglichen Gesetzentwurfs ausgeräumt worden. Insofern bestehe aus Sicht seiner Fraktion kein Anlass, dem zu widersprechen. Von daher werde seine Fraktion dem Änderungsantrag und dem Gesetzentwurf zustimmen.

Bislang sei die NRW.BANK im Ausschuss immer mit einem breiten Konsens behandelt worden. Er bitte darum, zukünftig zu dieser bewährten Praxis zurückzukommen, zumindest den Versuch zu unternehmen, solche Dinge gemeinsam auf den Weg zu bringen. Dies würde es zukünftig erleichtern, Regelungen zuzustimmen. Im Übrigen wäre möglicherweise der handwerkliche Fehler unterblieben, wenn man die Opposition vorher beteiligt hätte.

Monika Düker (GRÜNE) schließt sich der Kritik des Abgeordneten Zimkeit an. Es tue der NRW.BANK nicht gut, wenn seitens der Koalitionsfraktionen versucht werde, aus einer solchen Angelegenheit parteipolitisches Kapital zu schlagen. Vielmehr wäre es für die NRW.BANK wichtig und richtig, die Dinge interfraktionell anzugehen. Mit einem Alleingang schade man der NRW.BANK. Dieses Vorgehen werde ihre Fraktion aber nicht zum Anlass nehmen, dem Gesetzentwurf nicht zuzustimmen, sondern man werde diesem selbstverständlich zustimmen, um der NRW.BANK eine breitaufgestellte Rückendeckung zu geben.

Herbert Strotebeck (AfD) kündigt an, dass seine Fraktion sowohl dem Änderungsantrag als auch dem Gesetzentwurf zustimmen werde.

Arne Moritz (CDU) sagt zu, zukünftig bezüglich der NRW.BANK den Versuch zu unternehmen, etwas gemeinsam auf den Weg zu bringen.

Die Koalitionsfraktionen hätten jedoch nie ein Interesse daran gehabt, einseitig parteipolitisches Kapital aus der Angelegenheit zu schlagen, weder was die Insolvenzfähigkeit noch was irgendwelche parlamentarischen Mehrheiten in dem Beirat betreffe.

Ralf Witzel (FDP) sagt, in der Tat seien bezüglich des Parlamentarischen Beirats die Fraktionen betroffen. Insofern begrüße er, dass es materiell keinen Dissens an dieser Stelle gebe.

Das Gleiche gelte für die Dokumentationspflichten und den Erfüllungsaufwand der NRW.BANK. Es habe jedoch bereits in den letzten Jahren Gelegenheit gegeben, das zu regeln. CDU und FDP hätten das jetzt in Angriff genommen. Aber wenn man in der Sache einig sei, dann diene das der Bank.

Einstimmig stimmt der **Ausschuss** dem Änderungsantrag zu.

Einstimmig stimmt der **Ausschuss** dem geänderten Gesetzesentwurf zu.